

## + Pro: **Wiedereinführung der Pendlerpauschale**

von Marco Bülow



↳ Marco Bülow, MdB, ist umwelt- und energiepolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und lebt in Dortmund.

Foto: www.marco-buelow.de

» Durch die steigenden Energiekosten und Lebensmittelpreise werden die Menschen immer stärker finanziell belastet. Für Menschen mit geringem Einkommen ist dies eine besondere Härte. Zudem wird von den Arbeitgebenden immer mehr Mobilität erwartet. Um diese Menschen zu entlasten, muss die Pendlerpauschale wieder eingeführt werden. Allerdings sollte sie sozial ausgewogener sein als die alte Regelung und sowohl finanziell als auch umweltpolitisch kompensiert werden. Es nützt niemandem, wenn für die Pauschale das Geld in anderen Bereichen abgezweigt wird, die den „Otto-Normalverbraucher“ ebenfalls treffen.

Die Pläne der CSU weisen keine Finanzierungsvorschläge aus. Außerdem nutzt die Pendlerpauschale in der alten Form den Besserverdienenden mehr, als den Geringverdienenden, da diese keine oder nur wenig Einkommenssteuer zahlen.

» Insgesamt müssen bei der Wiedereinführung der Pendlerpauschale folgende Punkte beachtet werden:

- Die Pauschale sollte für alle Verkehrsmittel gleichermaßen gelten. Nicht nur AutofahrerInnen, sondern auch die NutzerInnen öffentlicher Verkehrsmittel und des Fahrrades müssen die gleiche Entlastung erhalten. Wenn die Pauschale nur wieder für AutofahrerInnen gelten würde, gäbe sie einen Anreiz, mehr auf das Auto zu setzen und damit mehr CO<sub>2</sub> auszustoßen und unser Klima noch stärker zu belasten.
- Alle PendlerInnen – egal welcher Einkommensgruppe sie angehören – müssen zudem für die

gleiche Entfernung die gleiche Höhe der Entlastung bekommen. Dafür brauchen wir einen Systemwechsel bei der Anrechnung des Kilometersgeldes.

- Die neuen Kosten müssen ausgewogen gegenfinanziert werden. Dazu bietet sich die überzogene Subventionierung von Dienstwagen an. Bislang können Firmen und Selbständige die Spritkosten für Dienstwagen als Betriebsausgaben absetzen. Dieses Modell kostet den Staat mehrere Milliarden Euro pro Jahr. Dabei kann desto mehr Geld abgesetzt werden, je mehr Sprit der Dienstwagen verbraucht. Dies ist sozial ungerecht und umweltpolitisch völlig kontraproduktiv. So schafft man Anreize, möglichst spritfressende Dienstwagen einzusetzen und bestraft diejenigen, die sich nur einen kleineren Dienstwagen leisten können. Die Zahl der Geländewagen als Dienstkraftfahrzeuge von FreiberuflerInnen und Selbstständigen ist in unseren Großstädten dadurch stetig angestiegen. Dieser Unsinn wird bisher von den SteuerzahlerInnen finanziert. Jede/r soll weiter das Auto fahren, welches sie/er mag, aber darf es nicht vom Staat subventionieren lassen. Die Steuervorteile bräuchten nicht völlig gestrichen, sollten aber entlang der CO<sub>2</sub>-Vorgaben der EU gekappt werden. Wer einen Dienstwagen fährt, der überdurchschnittlich viel schluckt, sollte den Mehrverbrauch über den geplanten EU Grenzwerten für CO<sub>2</sub> selbst finanzieren. Der Staat könnte dadurch pro Jahr 2,5 bis 4,5 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, je nach Höhe der Obergrenze.

Aus Sicht der SPD sollte in Zukunft nicht die Größe eines Autos Grundlage für die Steuererhebung bei der Kfz-Steuer sein, sondern die konkrete Umweltbelastung. ■

## ■ Contra: Wiedereinführung der Pendlerpauschale

von Rainer Wend



↳ Dr. Rainer Wend, MdB, ist wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.

Foto: [www.rainer-wend.de](http://www.rainer-wend.de)

» Die steigenden Spritpreise belasten vor allem BerufspendlerInnen. Aus mehreren Gründen ist eine Rücknahme der Kürzungen bei der Pendlerpauschale aber keine geeignete Antwort auf die Belastungen durch den Anstieg der Spritpreise.

Von einer Wiedereinführung der Pendlerpauschale würden vor allem Berufstätige profitieren, die in den Randgebieten großer Städte wohnen. Diese Personengruppe hat durch die im Vergleich zur Stadt niedrigen Lebenshaltungskosten aber ohnehin schon einen finanziellen Vorteil gegenüber StadtbewohnerInnen. Und warum sollte der Städter, der in der Nähe seines Arbeitsplatzes wohnt und dafür höhere Kosten in Kauf nimmt, mit seinem Einkommen dem Kollegen das preiswertere Häuschen im Grünen finanzieren? Umgekehrt gibt es ja auch keinen Mietkostenzuschuss, der die höheren Lebensunterhaltskosten in den Städten ausgleicht.

Gegen den Anstieg der Spritpreise können wir zudem nichts unternehmen. Die Fördermenge des Erdöls nimmt weiter ab, während der internationale Verbrauch von Energie, vor allem durch den wirtschaftlichen Aufschwung von Ländern wie China, Brasilien und Indien weiter ansteigt. Der damit zusammenhängende Preisanstieg auf den internationalen Energiemärkten kann nicht durch nationale Maßnahmen heruntersubventioniert werden. Würde der Staat sich jetzt dazu entschließen, den Preisanstieg bei Energie durch Subventionen aufzufangen, müssten die staatlichen Zuschüsse in einer endlosen Spirale ständig erhöht werden. Deshalb ist es grundsätzlich richtig,

Anreize zur besseren Energieeffizienz zu setzen. Und: die Abschaffung der Pendlerpauschale ist auch aus ökologischen Gründen sinnvoll. Statt Ölverbrauch, Landschaftsverbrauch und Zersiedelung zu fördern, brauchen wir Anreize zur Minimierung der Kosten und damit letztlich zur Reduzierung des Energieverbrauchs – etwa durch die Wahl eines preiswerteren Fahrzeugs bzw. die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Optimierung der Entfernungen bei der Wohnortwahl oder auch die Bildung von Fahrgemeinschaften.

Vor allem war die Kürzung der Pendlerpauschale aber Teil eines umfassenden Gesamtkonzeptes der Bundesregierung zur Konsolidierung des Haushalts. Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2011 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale würde jährlich etwa 2,5 Milliarden Euro kosten. Für eine solche Maßnahme gibt es derzeit keinen finanziellen Spielraum im Haushalt des Bundes. Anders gesagt: Die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, müsste an anderer Stelle wieder eingespart werden. Und diesen Ausgleich müssten alle zahlen. Also auch Hartz IV-EmpfängerInnen, BenutzerInnen des öffentlichen Personennahverkehrs und RentnerInnen, denen die Pendlerpauschale ohnehin nichts nützt.

Statt einer aktuellen Stimmung zu folgen und Wahlgeschenke an einen Teil der Bevölkerung zu verteilen, sollte der Staat seine Ressourcen für Maßnahmen einsetzen, die nicht nur den PendlerInnen, sondern allen zugute kommen. Dazu gehören Maßnahmen zum Schutz der Umwelt ebenso wie die Konsolidierung des Haushaltes. ■